

Gemeinden lassen sich nicht dreinreden

Kantonsstruktur Vorschlag, Baselbieter Bezirksebene zu stärken, ist für Gemeinden Aktionismus

VON MICHAEL NITTAUS

Die Diskussion ist lanciert. Nachdem die bz gestern die Pläne der Mitteparteien CVP, EVP, GLP und BDP bekannt gemacht hat, eine komplett neue Bezirksebene zu schaffen, lassen die Reaktionen nicht lange auf sich warten. Kein gutes Haar lässt der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) am Vorschlag, die 86 Gemeinden auf etwa 15 neue Bezirke mit je 15 000 bis 20 000 Einwohnern zu verteilen und diese mit eigenen Parlamenten und Bezirksräten auszustatten. «Solche Hüftschüsse sind überflüssig», wettet VBLG-Geschäftsführer Ueli Kräuchi. Für ihn seien die Mitteparteien reine Trittbrettfahrer.

Denn: Erst vor einer Woche fand – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – die zweite Tagsatzung mit fast allen 86 Gemeindepräsidenten und den fünf Regierungsräten statt. Nun wurden Arbeitsgruppen beauftragt, bis zur dritten Tagsatzung im Juni konkrete Vorschläge zur Zukunft der Gemeindestrukturen auszuarbeiten. Kräuchi: «Wir machen uns zu genau demselben



Der Kanton Glarus war radikal: 2010 reduzierte er seine Anzahl Gemeinden von 25 auf 3.

KEYSTONE

■ AVENIR SUISSE KANTON BASELSTADT MIT GROSSEN SCHWÄCHEN

Unter dem Titel «**Gemeindeautonomie zwischen Illusion und Realität**» befasst sich das gestern von Avenir Suisse präsentierte vierte Kantonsmonitoring ebenfalls mit zukunftsfähigen Gemeindestrukturen. Dabei stellt die Denkfabrik fest, dass die **Autonomie der Gemeinden**

zusehends ausgehöhlt wird. In einem Kantonsranking landet Baselland im hinteren Mittelfeld. **Lukas Rühli** von Avenir Suisse stellt grosse Schwächen fest: Baselland weist demnach den **höchsten Zentralisierungsgrad** aller Deutschschweizer Kantone auf. Harsche Kritik

ernt das Baselbiet beim interkommunalen Finanzausgleich: Kein Kanton kenne eine höhere Subventionsquote. **Den strukturschwachen Gemeinden fehle es so an Anreiz, sich zu verbessern**, da sie mindestens 95 Prozent des kantonalen Durchschnitts an Steuerertrag pro

Kopf garantiert erhalten. Rühli zur bz: «Das so akzentuierte enorme **Gefälle zwischen den Gemeinden ist reines Dynamit.**» Einen weiteren Ruffel gibt es dafür, dass der Kanton die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden oder auch Fusionen kaum unterstütze. (MN)

Vorschläge auch positiv aufnehmen.» Von der Tagsatzung habe er allerdings nichts gewusst. Schafroth betont zudem, dass nicht die Initianten aktiv an die Öffentlichkeit gegangen seien, sondern dies über die bz geschah.

Gemeinden an den Rand gedrängt

Unverhoffte Unterstützung erhält die Mitte-Idee von Avenir Suisse. Die Denkfabrik hat just gestern eine Studie vorgestellt, die sich mit Gemeindeautonomie befasst (siehe Kasten). Junior-Projektleiter Lukas Rühli sagt zur

bz: «Das ist eine erfolversprechende Idee, die einige Probleme der strukturschwachen Gemeinden lösen könnte.» Die Bezirksparlamente würden zudem direktdemokratische Strukturen bedeuten, die jetzt bei den Zweckverbänden fehlten. Gleichzeitig erstaunt ihn der Widerstand der Gemeinden nicht. Es bestehe die Gefahr, dass diese von einer neuen zwischenstaatlichen Ebene an den Rand gedrängt würden.

«Der Knackpunkt wird sicher, ob die Bezirksräte am Ende die Gemeinderäte ablösen», sagt SP-Präsident Mar-

tin Rüegg. Die Bezirksebene neben der kommunalen aufrechtzuerhalten, sei hingegen nicht mehr zeitgemäss. Während SVP und FDP die Idee zumindest «prüfenswert» finden, kann sie für die Grünen nur ein Zwischenschritt hin zu Gemeindefusionen sein. Parteipräsident Philipp Schoch: «Das Ziel muss sein, letztlich nur noch 15 bis 20 Gemeinden zu haben.» Dagegen wehrt sich Schafroth: «Wir wollen den Gemeinden eben gerade den Nutzen von starken Bezirken zeigen und sie nicht zu Fusionen zwingen.»

Baselbiet hat «sehr grosse Bedenken»

Dritte Belchen-Röhre Der allfällige Verzicht auf die dritte Röhre des Belchentunnels kommt bei der Baselbieter Regierung nicht gut an. Sie äusserte gestern «sehr grosse Bedenken» gegen die Idee des Bundes, die zwei bestehenden Röhren in Nacht- und Wochenendarbeit zu sanieren.

Der Bau einer dritten Röhre als Sanierungstunnel galt bis vor kurzem als beschlossene Sache. Anfang März räumte der Bundesrat aber in der Fragestunde des Nationalrats ein, dass das Projekt, für welches das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) 2007 die Plangenehmigung erteilt hatte, aus wirtschaftlichen Gründen überprüft wird.

Über eine halbe Milliarde

Gemäss der Antwort des Bundesrats auf einen parlamentarischen Vorstoss kostet die dritte Röhre statt wie 2009 geschätzt 270 Millionen Franken nun über eine halbe Milliarde. Zugeschrieben wird diese massive Verteuerung der Geologie, die sich als komplexer erwiesen habe als zunächst angenommen.

Tunnelbauwerke im Jura seien geologisch gesehen Hochrisikoprojekte, konstatierte der Bundesrat in seiner Antwort. Deshalb sei bei der Erarbeitung des Detailprojekts für die dritte Röhre das Gestein detailliert untersucht worden.

Cityring Luzern als Vorbild

Als Alternative zum Sanierungstunnel prüft der Bund derzeit, ob die beiden bestehenden Röhren in Nacht- und Wochenendarbeit instand gesetzt werden könnten. Vorbild ist dabei der Cityring Luzern. Dort werde ein zweiröhriger Tunnel ohne den Bau einer Zusatzröhre und ohne langdauernden Kapazitätsaufbau saniert, hält der Bundesrat fest.

Das Bundesamt für Strassen Astra will seine Abklärungen bis Mitte Jahr abschliessen. Ein definitiver Entscheid wird für Ende Jahr in Aussicht gestellt. Die Mittel für die dritte Röhre sind derzeit in der Investitionsplanung für die Jahre 2016 bis 2022 provisorisch eingestellt.

Bedenken aus dem Baselbiet

Die Baselbieter Regierung hat in einem Brief an das Astra «sehr grosse Bedenken» gegen einen allfälligen Verzicht auf die dritte Röhre angemeldet. Eine teilweise Unterbrechung der A2 über mehrere Jahre sei «nicht akzeptabel», hielt die Regierung am Freitag fest.

Der Verzicht auf den Sanierungstunnel würde zu massivem Mehrverkehr auf den beiden Hauensteinachsen führen und die Einwohner vieler Ortschaften in grossem Ausmass beeinträchtigen, gibt die Regierung zu bedenken. Zudem lasse der Strassenzustand auf beiden Achsen eine Mehrbelastung durch den Schwerverkehr nicht zu.

Nach den ursprünglichen Plänen sollte die dritte Röhre des Belchentunnels Ausweichkapazitäten schaffen, wenn ab 2018 die zwei bestehenden Röhren wegen einer Totalsanierung nacheinander für bis zu zwei Jahre geschlossen werden.

Der 3,2 Kilometer lange Belchentunnel der A2 quert den Jura an der Kantonsgrenze von Baselland und Solothurn. Er wurde 1970 gebaut und steht unter hohem Bergdruck, da der in den Gesteinsformationen vorherrschende Gipskeuper bei Kontakt mit Wasser aufquillt. Zuletzt war 2003 eine Sanierung für 86 Millionen Franken erfolgt. (SDA)

«Das ist eine erfolgversprechende Idee, die einige Probleme lösen könnte.»

Lukas Rühli, Avenir Suisse

Thema schon länger seriös Gedanken. Nun will es sich die Mitte mit reinem Aktionismus unter den Nagel reissen.» Besonders störend fände er, dass die Mitte bereits über die Grösse der neuen Strukturen rede, bevor sie deren Aufgaben genau definiert habe. «Man soll das Pferd nicht vom Schwanz her aufzäumen.» Die Form müsse der Funktion folgen.

GLP-Landrat Gerhard Schafroth, der zusammen mit CVP-Vizepräsident Marc Scherrer, EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger sowie Peter Staub von der BDP in einer eigenen Strategiegruppe über dem Thema brütet, versteht die Kritik nicht: «Hauptsache, das Pferd wird überhaupt aufgezäumt. Die Gemeinden haben kein Monopol auf das Thema. Der VBLG könnte unsere

Wochenkommentar zur Diskussion um die Bezirksreform im Baselbiet

Lieber den Reform-Spatz in der Hand

VON BOJAN STULA

Am kommenden Dienstag könnte die Baselbieter Regierung den Entscheid fällen, dass die Volksabstimmung über die

beiden Verfassungsänderungen zur Abschaffung der Bezirksgerichte und Amtsnotariate verschoben wird. Wenn sie das tut, dann aus der Angst heraus, dass Gegner der Aufweichung von Bezirksstrukturen im gleichen Wisch auch noch die Gesetzesänderungen zum Entlastungspaket zu Fall bringen. Ursprünglich hätte über sämtliche Vorlagen des Entlastungspakets am 17. Juni abgestimmt werden sollen. Der Landrat hat das ganze Sparpaket an den drei vergangenen Sitzungen mit kleinen

Modifikationen verabschiedet. Nun glauben kluge Köpfe zu wissen, dass die Chancen für ein Volks-Ja zum unpopulären Sparprogramm steigen, wenn das Baselbiet am 17. Juni nicht gleichzeitig noch über Bezirksgerichte, Amtsnotariate und zivilrechtliche Dienstleistungen befinden muss.

ES IST DAS tragisch-ironische Schicksal des Entlastungspakets, dass ausgerechnet der einzige visionäre und zukunftsgerichtete Bestandteil des sonst nur auf Verzicht, Abbau und Abwälzung beruhenden Sparprogramms zum Spielball der Wahlstrategen verkommt. Mit der Zusammenlegung der sechs Bezirksgerichte zu zwei Zivilkreisgerichten und der Umwandlung der Bezirksschreibereien zu zwei neuen zivilrechtlichen Dienstleistungszentren in Liestal und Arlesheim werden

längst überfällige Strukturanpassungen vorgenommen. Niemand ist in der heutigen Gesellschaft darauf angewiesen, dass sich Bezirksgericht und -schreiberei in Fussgänger- und Kutschenreichweite wie Mitte des 19. Jahrhunderts befinden.

DAS SCHRECKGESPENST vor der Bezirksreform hat die CVP aufgescheucht. Als Kniefall vor ihrer Laufentaler Stammwählerschaft hat sie im Landrat den chancenlosen Vorstoss unternommen, die beiden Verfassungsänderungen aus dem Entlastungspaket herauszubereiten. Prompt denunzierte die Laufentaler CVP jene SVP- und FDP-Räte aus dem jüngsten Baselland-Bezirk, die sich an diesem Gefälligkeitsmanöver nicht beteiligen wollten. Dafür lässt nun ausgerechnet die kantonale CVP in der laufenden Bezirksdiskussion

den Versuchsballon steigen, die Bezirksgrenzen völlig neu zu ziehen. Taktisch macht das Sinn, passt aber dennoch nicht zusammen. Zwar kann man die Kritik stehen lassen, dass eine Änderung der Kantonsverfassung nicht unbedingt im Rahmen eines Sparpakets durchgewinkt werden sollte. Andererseits hat gerade dies jahrzehntelange Grundsatzdebatten verhindert, die bei jedem umfassenderen Ansatz unvermeidlich sind.

DIE HEUTIGEN BASELBIETER Bezirke sind überholt, das ist eindeutig. Und wenn schon die Möglichkeit besteht, den Reform-Spatz sofort in die Hand zu bekommen, sollte man ihn nicht gegen die Struktur-Taube auf dem Dach ausspielen. Sonst läuft man Gefahr, beide zu verjagen.

bojan.stula@azmedien.ch

Hier ein topaktueller Link zu Ihrer Region.